

Deutschland-Geldern: Möbel (einschließlich Büromöbel), Zubehör, Haushaltsgeräte (ausgenommen Beleuchtung) und Reinigungsmittel

OJ S 155/2023 14/08/2023

Auftragsbekanntmachung**Lieferungen****Rechtsgrundlage:**

Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1. Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung: Gelderner Bau Gesellschaft mbH

Postanschrift: Glockengasse 5

Ort: Geldern

NUTS-Code: DEA1B Kleve

Postleitzahl: 47608

Land: Deutschland

E-Mail: vergabe@geldern-bau.de

Telefon: +49 2831-91304-0

Fax: +49 2831-91304-99

Internet-Adresse(n):Hauptadresse: www.geldern-bau.de**I.3. Kommunikation**

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://www.vmp-rheinland.de/VMPSatellite/notice/CXPTY65D03J/documents>

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: <https://www.vmp-rheinland.de/VMPSatellite/notice/CXPTY65D03J>**I.4. Art des öffentlichen Auftraggebers**

Andere: Kommunales Unternehmen

I.5. Haupttätigkeit(en)

Andere Tätigkeit: Planen und Bauen

Abschnitt II: Gegenstand

II.1. Umfang der Beschaffung**II.1.1. Bezeichnung des Auftrags**

Lieferung von Büromöbeln

Referenznummer der Bekanntmachung: EU-2023-007-GBG

II.1.2. CPV-Code Hauptteil

39000000 Möbel (einschließlich Büromöbel), Zubehör, Haushaltsgeräte (ausgenommen Beleuchtung) und Reinigungsmittel

II.1.3.

Art des Auftrags

Lieferauftrag

II.1.4. Kurze Beschreibung

Neubau städtische Realschule in Geldern:

Lieferleistung: Büromöbel

II.1.5. Geschätzter Gesamtwert

II.1.6. Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2. Beschreibung

II.2.2. Weitere(r) CPV-Code(s)

39100000 Möbel, 39150000 Diverse Möbel und Einrichtungen, 39130000 Büromöbel

II.2.3. Erfüllungsort

NUTS-Code: DEA1B Kleve

Hauptort der Ausführung: Neubau städtische Realschule, Am Rodenbusch 19 b, 47608 Geldern

II.2.4. Beschreibung der Beschaffung

Neubau städtische Realschule in Geldern:

.

Lieferleistung: Büromöbel

.

Es handelt sich um die Ausstattung der Verwaltungsräume, Lehrerzimmer, Foyer, Flurmöbel, Selbstlernzentrum, Lehrerstation und Lagerräume bestehend aus:

.

20 Bürodrehstühle, 380 Stapelstühle und Besucherstühle, 19 Schreibtische, 130 Tische und Stehtische, 11 Rollcontainer und Modulcontainer, 3 Polstermöbel/ Liege, 31 Polsterhocker, 26 Sideboards, 35 Schränke, 30,1 lfm Schwerlastregale

II.2.5. Zuschlagskriterien

Die nachstehenden Kriterien

Preis

II.2.6. Geschätzter Wert

II.2.7. Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems

Beginn: 02/10/2023 Ende: 15/12/2023

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.2.10. Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11. Angaben zu Optionen

Optionen: nein

II.2.13. Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14. Zusätzliche Angaben

Rückfragen zur Angebotsabgabe werden bis 10 Kalendertage vor Ablauf der Angebotsfrist gemäß Ziffer IV.2.2) erbeten.

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1. Teilnahmebedingungen

III.1.1. Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

...

1. Geforderte Eignungskriterien:

- a) Eintragung in das Handelsregister
- b) Eintragung in das Berufsregister (IHK oder Handwerkskammer)
- c) Eintragung in die Berufsgenossenschaft

...

2. Mittel der Nachweisführung:

Die Nachweise können durch von dem Auftraggeber direkt abrufbare Eintragungen in ein amtliches Verzeichnis (z. B. das durch die IHK eingerichtete PQ-Verzeichnis) erfolgen. Zudem akzeptiert der Auftraggeber neben der Eigenerklärung auf dem Formblatt 7 (Eigenerklärung zur Eignung) als Nachweis auch eine Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE). Die Unterlagen sind auf Verlangen des Auftraggebers durch entsprechende Bescheinigungen zuständiger Stellen zu ergänzen; selbiges gilt für präqualifizierte Bieter, soweit die geforderten Nachweise nicht in dem angegebenen amtlichen Verzeichnis enthalten sind.

...

3. Hinweis auf Abfrage des Wettbewerbsregisters:

Ab einem geschätzten Auftragswert von 30.000 EUR ohne Umsatzsteuer wird der Auftraggeber bei der Registerbehörde abfragen, ob im Wettbewerbsregister Eintragungen zu demjenigen Bieter, auf dessen Angebot der Zuschlag erteilt werden soll, gespeichert sind. Im Falle der Unterschreitung der vorgenannten Wertgrenze behält der Auftraggeber sich dies im Ermessen vor.

...

III.1.2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

....

1. Geforderte Eignungskriterien:

...

Jeder Bieter bzw. jedes Bietergemeinschaftsmitglied hat mit dem Angebot folgende Eignungsnachweise einzureichen:

...

a) Eigenerklärung (Nachweis) zum durchschnittlichen allgemeinen jährlichen Netto-Umsatz des Unternehmens bezogen auf die letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre. Als allgemeiner Netto-Jahresumsatz gilt der gesamte Netto-Jahresumsatz des (Einzel-)Bieters bzw. Mitglieds einer Bietergemeinschaft unabhängig von der Art der erbrachten Leistungen;

...

b) Eigenerklärung (Nachweis) über das Bestehen einer Berufs-/Betriebshaftpflichtversicherung

...

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

...

2. Folgende Mindestanforderungen sind für die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit zwingend zu erfüllen und führen im Falle der Nichterfüllung zum Angebotsausschluss:

...

a) Berufs-/Betriebshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme von jeweils mindestens 2 Mio. EUR für Personen-, Sach- und Vermögensschäden. Die Ersatzleistung der Versicherung muss mindestens das Zweifache der vorgenannten Deckungssummen pro Jahr betragen. Eine projektbezogene Aufstockung bestehender Versicherungen des Bieters im Auftragsfall wird akzeptiert, ist jedoch auf Verlangen des Auftraggebers mittels schriftlicher Versicherungsbestätigung vor Zuschlagserteilung nachzuweisen;

...

b) durchschnittlicher allgemeiner Netto-Jahresumsatz von mindestens 250.000 EUR.

...

3. Mittel der Nachweisführung:

Die Nachweise können durch von dem Auftraggeber direkt abrufbare Eintragungen in ein amtliches Verzeichnis (z. B. das durch die IHK eingerichtete PQ-Verzeichnis) erfolgen. Zudem akzeptiert der Auftraggeber neben der Eigenerklärung auf dem Formblatt 7 (Eigenerklärung zur Eignung) als Nachweis auch eine Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE). Die Unterlagen sind auf Verlangen des Auftraggebers durch entsprechende Bescheinigungen zuständiger Stellen zu ergänzen; selbiges gilt für präqualifizierte Bieter, soweit die geforderten Nachweise nicht in dem angegebenen amtlichen Verzeichnis enthalten sind.

III.1.3. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

...

1. Geforderte Eignungskriterien:

...

Jeder Bieter bzw. jedes Bietergemeinschaftsmitglied hat mit dem Angebot folgende Eignungsnachweise einzureichen:

...

Eigenerklärung (Nachweis) über mindestens 3 mit dem vorliegenden Auftrag vergleichbare Lieferleistungen jeweils aus den letzten 5 Jahren.

...

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

2. Folgende Mindestanforderungen sind für die technische und berufliche Leistungsfähigkeit zwingend zu erfüllen und führen im Falle der Nichterfüllung zum Angebotsausschluss:

...

Die Anforderungen für eine vergleichbare Referenz sind nur erfüllt, wenn im Rahmen der jeweiligen Referenz mit dem vorliegend ausgeschriebenen Auftrag vergleichbare Lieferleistungen erbracht wurden, der Auftragswert je Referenz mindestens 100.000 EUR (netto) betrug und die darin erbrachten Lieferleistungen in den letzten 5 Jahren erbracht wurden. Maßgeblicher Anknüpfungspunkt für die Berechnung des 5-jährigen Zeitkorridors ist der 31.08.2023 (das heißt, der Ausführungszeitraum des jeweiligen Referenzprojekts muss zwischen dem 31.08.2018 und dem 31.08.2023 liegen).

...

2. Mittel der Nachweisführung

Die Nachweise können durch von dem Auftraggeber direkt abrufbare Eintragungen in ein amtliches Verzeichnis (z. B. das durch die IHK eingerichtete PQ-Verzeichnis) erfolgen. Zudem akzeptiert der Auftraggeber neben der Eigenerklärung auf dem Formblatt 7 (Eigenerklärung

zur Eignung) als Nachweis auch eine Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE). Die Unterlagen sind auf Verlangen des Auftraggebers durch entsprechende Bescheinigungen zuständiger Stellen zu ergänzen; selbiges gilt für präqualifizierte Bieter, soweit die geforderten Nachweise nicht in dem angegebenen amtlichen Verzeichnis enthalten sind.

III.2. Bedingungen für den Auftrag

III.2.2. Bedingungen für die Ausführung des Auftrags

...

1. Bedingungen für den Auftrag:

...

a) Mit dem Angebot sind von den Bietern zwingend die Datenblätter der angebotenen Produkte (vollumfängliche Beschreibung des jeweiligen Produkts inklusive Maße, Produkteigenschaften, Produktabbildung, Güteklassen und Angaben zu Prüfzeugnissen/DIN-Zertifizierungen sowie Angaben zur Dekorauswahl) einzureichen.

...

b) Eigenerklärung (Nachweis) zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß §§ 123, 124 GWB,

...

c) Eigenerklärung (Nachweis) zu § 19 Abs. 3 MiLoG,

...

d) Eigenerklärung (Nachweis) zum Nichtvorliegen eines Bezugs zu Russland;

...

e) Mittel der Nachweisführung:

Der Nachweis über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß §§ 123, 124 GWB sowie die Erklärung zu § 19 Abs. 3 MiLoG können durch von dem Auftraggeber direkt abrufbare Eintragungen in ein amtliches Verzeichnis (z. B. das durch die IHK eingerichtete PQ-Verzeichnis) erfolgen.

...

Zudem akzeptiert der Auftraggeber neben der Eigenerklärung auf dem Formblatt 2 (Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen) und der Eigenerklärung auf dem Formblatt 4 (Erklärung zu § 19 Abs. 3 MiLoG) als Nachweis auch eine Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE). Soweit ein entsprechender Nachweis betreffend das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß §§ 123, 124 GWB sowie die Erklärung zu § 19 Abs. 3 MiLoG nicht in dem angegebenen amtlichen Verzeichnis enthalten sind, ist auch von präqualifizierten Bietern eine entsprechende Eigenerklärung abzugeben. Das Formblatt 5 (Eigenerklärung zum Nichtvorliegen eines Bezugs zu Russland) ist von jedem Bieter bzw. Bietergemeinschaftsmitglied unabhängig von einer etwaigen Eintragung in das Präqualifikationsverzeichnis entsprechend auszufüllen und rechtsverbindlich in Textform gemeinsam mit dem Angebot einzureichen.

...

2. Auf gesondertes Verlangen des Auftraggebers sind von den Bietern folgende Nachweise und Unterlagen im weiteren Verfahrensverlauf vorzulegen:

...

a) Nachweis über die Gewerbeanmeldung, Handelsregisterauszug und Nachweis über die Eintragung in der Handwerksrolle (Handwerkskarte) bzw. bei der IHK,

...

b) Nachweis einer entsprechenden Berufs-/Betriebshaftpflichtversicherung,

...

- c) Unbedenklichkeitsbescheinigung des zuständigen Finanzsamtes bzw. Bescheinigung in Steuersachen,
...
- d) Freistellungsbescheinigung des zuständigen Finanzamtes gemäß § 48b EStG,
...
- e) Auszug aus dem Gewerbezentralregister gemäß § 150a GewO,
...
- f) Qualifizierte Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft.

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1. Beschreibung

IV.1.1. Verfahrensart

Offenes Verfahren

IV.1.3. Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

IV.1.8. Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2. Verwaltungsangaben

IV.2.2. Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

Tag: 11/09/2023 Ortszeit: 10:00

IV.2.3. Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

IV.2.4. Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können

Deutsch

IV.2.6. Bindefrist des Angebots

Das Angebot muss gültig bleiben bis: 10/11/2023

IV.2.7. Bedingungen für die Öffnung der Angebote

Tag: 11/09/2023 Ortszeit: 10:00

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1. Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.3. Zusätzliche Angaben

...

a) Angebote sind unter Verwendung der vom Auftraggeber vorgegebenen Formblätter sowie ggf. unter Beifügung der geforderten Nachweise, Unterlagen etc. vollständig ausgefüllt elektronisch über das unter vorstehender Ziffer I.3) benannte Auftragsportal einzureichen. Formlose, unvollständige, nicht entsprechend den Vorgaben in den Erklärungsfeldern ausgefüllte, auf anderen Kommunikationswegen oder nicht fristgerecht eingereichte Angebote führen zum Angebotsausschluss.

...

b) Die Kommunikation mit dem Auftraggeber (bspw. Fragen) ist ausschließlich elektronisch über das unter vorstehender Ziffer I.3) benannte Auftragsportal zu führen.

...

c) Der Auftrag kann an Einzelunternehmen oder an Bietergemeinschaften vergeben werden. Bietergemeinschaften haben mit dem Angebot die von allen Mitgliedern ausgefüllte Bietergemeinschaftserklärung abzugeben. Die Bildung einer Bietergemeinschaft nach Ablauf der Angebotsfrist ist ausgeschlossen. Mehrfachbeteiligungen einzelner Mitglieder einer Bietergemeinschaft sind unzulässig.

...

d) Bietergemeinschaften füllen ein gemeinsames, durch ihr vertretungsberechtigtes Mitglied in Textform gekennzeichnetes Angebotsschreiben gemäß Formblatt 1 der Angebotsunterlagen aus. Sie legen - sofern nicht durch einen Eintrag in einem amtlichen Verzeichnis (z. B. dem durch die IHK eingerichteten PQ-Verzeichnis) abgedeckt - eine gemeinsame Referenzliste gemäß Formblatt 7 vor, wobei sie bei jedem Referenzprojekt den Namen des Bietergemeinschaftsmitglieds anzugeben haben. Im Übrigen sind von jedem einzelnen Bietergemeinschaftsmitglied - sofern nicht durch einen Eintrag in einem amtlichen Verzeichnis abgedeckt - in jedem Fall die Formblätter 2, 4, 7 sowie - soweit einschlägig - die Formblätter 3, 8, 9 und 12 entsprechend auszufüllen und rechtsverbindlich in Textform gemeinsam mit dem Angebot der Bietergemeinschaft einzureichen.

Zudem hat jedes Bietergemeinschaftsmitglied auch unabhängig von einer etwaigen Eintragung in einem amtlichen Verzeichnis in jedem Fall das Formblatt 5 entsprechend auszufüllen und rechtsverbindlich in Textform gemeinsam mit dem Angebot der Bietergemeinschaft einzureichen.

...

e) Will der Bieter für den Nachweis der erforderlichen wirtschaftlichen und finanziellen sowie der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch nehmen (sogenannte Eignungsleihe), so hat er diese Unternehmen und Leistungsteile, welche in Anspruch genommen werden sollen, gemäß Formblatt 8 zu benennen und entsprechende Verpflichtungserklärungen dieser Unternehmen gemäß Formblatt 9 einzureichen.

...

f) Beabsichtigt ein Bieter im Rahmen der Auftragsdurchführung Nachunternehmer einzusetzen, so hat er dazu zwingend die Nachunternehmererklärung gemäß Formblatt 10 auszufüllen.

...

g) Sofern zwischen dem Bieter bzw. einem Bietergemeinschaftsmitglied wirtschaftliche und rechtliche Verknüpfungen zu einem anderen Unternehmen bestehen, sind diese unter Verwendung des Formblatts 12 zu erläutern.

...

h) Auf Verlangen des Auftraggebers haben diejenigen Bieter, deren Angebote in die engere Wahl kommen, vor der Auftragserteilung das Formblatt VHB 221 einzureichen.

Bekanntmachungs-ID: CXPTY65D03J

VI.4. Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1. Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Rheinland

Postanschrift: Zeughausstraße 2-10

Ort: Köln

Postleitzahl: 50667

Land: Deutschland

E-Mail: VKRheinland@bezreg-koeln.nrw.de

Telefon: +49 221 / 147-3045

Fax: +49 221 / 147-2889

Internet-Adresse: https://www.bezreg-koeln.nrw.de/brk_internet/vergabekammer/index.html

VI.4.3. Einlegung von Rechtsbehelfen

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

...

Nach § 160 Abs. 3 Nrn. 1 bis 4 GWB ist ein Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens unzulässig, soweit

...

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 GWB bleibt unberührt,

...

2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

...

3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

...

4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

...

Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2 GWB.

...

§ 134 Absatz 1 Satz 2 GWB bleibt unberührt.

VI.5. Tag der Absendung dieser Bekanntmachung

10/08/2023